



Antrag

der Abgeordneten **Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier, Jan Schiffers**
und **Fraktion (AfD)**

Asylflut stoppen – grenznahe Kontrollen jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle verfügbaren Kräfte der Bereitschaftspolizei Bayern an die grenznahen Bereiche zu Österreich und Tschechien zu verlegen, sodass in enger Zusammenarbeit mit der Bundespolizei zusätzliche Kontrollstellen zur Überwachung der illegalen Einreise sowie der Schleuserkriminalität eingerichtet werden.

Begründung:

Bereits seit über einem Jahr steigen die Zahlen der Asylzuwanderung und illegaler Grenzübertritte nach Bayern und Deutschland wieder drastisch an. In den Spätsommermonaten August und September des vergangenen Jahres wurden an der Grenze zu Tschechien 6 500 illegale Grenzübertritte registriert. An den Grenzübergängen zu Österreich wurden im gleichen Zeitraum ebenfalls vermehrt Schleusungen und illegale Einreiseversuche nach Bayern festgestellt.

Über das gesamte Bundesgebiet stiegen die illegalen Einreisen nach Berichten der Bundespolizei im ersten Monat 2023 um über 70 Prozent im Vergleich zum Vergleichsmonat des Vorjahres. Im Vergleich zu 2021 haben sich die Zahlen sogar fast verdreifacht.

Auch die Bayerische Grenzpolizei verzeichnete einen signifikanten Anstieg der Fälle in den vergangenen Jahren. Im Jahr 2022 erreichte dieser sogar seinen bisherigen Höchststand, nachdem er in den vorausgegangenen Jahren kontinuierlich angestiegen war. Die Fallzahlen stiegen im Vergleich zu 2021 um 5,5 Prozent und bereits im Jahr 2020 stiegen sie um etwa 24 Prozent. Der Personalbestand blieb in diesem Zeitraum jedoch unverändert. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, dass der bereits erwähnte Anstieg der bundesweiten Fallzahlen an illegalen Einreisen im Januar 2023 von über 70 Prozent in dieser Betrachtung noch nicht berücksichtigt wurde. Angesichts des Anstiegs der Fallzahlen um etwa 30 Prozent in den letzten drei Jahren und der bereits absehbaren, weiteren Steigerung in 2023, erscheint die Erhöhung der Zahl der Grenzpolizisten in Bayern in den nächsten drei Jahren von etwa 200 Personen wie ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Die deutliche Überlastung der Grenzpolizei, die seit 2018 im Einsatz ist, spiegelt sich in der geringen Anzahl festgestellter illegaler Einreisen wieder. AfD-Anfragen ergaben, dass im Zeitraum zwischen dem 30.09.2019 und dem 14.10.2022 an sämtlichen bayerischen Kontrollstellen lediglich 95 Personen, die illegal eingereist waren, von der Bayerischen Grenzpolizei gefasst und der Bundespolizei übergeben werden konnten. Diese Zahl stellt jedoch bei weitem nicht die Gesamtzahl der illegalen Einreisen dar, da allein in der Region 18 im Südosten Bayerns im Jahr 2022 insgesamt über 400 illegale Grenzübertritte festgestellt wurden. Im angefragten Zeitraum konnten durch die Bayerische Grenzpolizei jedoch nur 44 unerlaubte Einreisen festgestellt werden. Dennoch zeigt der Maßstab zwischen der Gesamtzahl festgestellter unerlaubter Einreisen und der Anzahl,

der durch die Bayerische Grenzpolizei erfassten unerlaubten Einreisen, ein bislang nicht annähernd ausgeschöpftes Potenzial, dem zukünftig stärker nachgegangen werden sollte.

Die Zahlen verdeutlichen, wie dringend die Bayerische Grenzpolizei bei der Bearbeitung ihrer Aufgaben durch die Bereitschaftspolizei entlastet werden muss, um souverän und effektiv zu sein und insbesondere die illegale, unkontrollierte Migration nach Bayern und Deutschland zu begrenzen. Denn diese Form der Zuwanderung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass bereits heute viele Kommunen und die Bevölkerung über die zumutbare Grenze hinaus belastet werden. Insbesondere bei Fragen zur Unterbringung, dem Anspruch teurer medizinischer Leistungen aber auch zur mangelnden Integration lassen die Akzeptanz dieser unkoordinierten Flüchtlingspolitik in Bayern und Deutschland sinken.